

# Sächsischer Landtag.

## Aufhebung des Gutsbezirks Zeltz-Lager betr. Hygienefragen vor dem Landtag.

112. Dresden, 28. Juni 1928.

Den ersten Beratungspunkt bildet ein sozialdemokratischer Antrag auf

### Aufhebung der Gutsbezirke Zeltz-Lager und Dresden-Albertstadt.

Der Berichterstatter Abg. Dobbert (Soz.) beantragt namens des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, wegen der Vereinfachung des Gutsbezirks Albertstadt mit der Stadt Dresden mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten und bei der Reichsregierung auf anderweitige Unterbringung der Bewohner des ehemaligen Hühnerzuchtbezirks Zeltz-Lager zu drängen und in der Zwischenzeit dafür zu sorgen, daß die Gemeinde Zeltz keine finanziellen Schäden zu tragen hat. Namens seiner Fraktion bittet der Redner, die Bewohner von Zeltz-Lager nicht einer zweiten Deportation preiszugeben. Es müßten Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ziele eingeleitet werden, die beiden Lager mit einer benachbarten Gemeinde zu vereinigen.

Abg. Kemmer (Komm.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Es seien militärische Interessen, die die Aufrechterhaltung der Lager bestimmten.

Abg. Dr. Blüher (Dsp.): Was auf dem Gutsbezirk Zeltz-Lager entstanden sei, sei ein künstliches Gebilde, das weder finanziell lebensfähig sei, noch den Anforderungen entspreche, die man heute an ein Gemeinwesen stelle. Eine Eingemeindung nach Zeltz sei unmöglich, denn Zeltz hätte die entstehenden Kosten nicht tragen. Es sei in erster Linie Aufgabe des Reiches, hier Wandel zu schaffen. Dies und nichts anderes bewege den Antrag der Ausschussmehrheit.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, der Reichsentscheid angenommen.

Es werden nunmehr die in der letzten Sitzung ausgelegten

### Abstimmungen

vorgenommen. Die Kapitel Handel und Gewerbe und Förderung des Luftverkehrs werden genehmigt, das Gesetz der Wahrung des Reichsrechts in Sachen um Nachprüfung ihres Landesrechts an den Reichsausschuß verwiesen. Ueber Kap. 27.

### Frauen-Kliniken

zu Dresden und Chemnitz berichtet Frau Abg. Lämmel (Soz.) und empfiehlt Genehmigung der Einstellungen.

Ministerialdirektor Dr. Schulte erklärt, das Finanzministerium lehne es ab, auf 10 Jahre ein zinsloses Darlehen von 200 000 RM. zu geben. Er bittet deshalb, die Eingabe des Bezirksrates der Krankenhausgesellschaft Annaberg der Regierung nicht zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Herstellung von Krankenhäusern sei in erster Linie Aufgabe der Gemeinden und Gemeindeverbände. Was die Forderung nach Errichtung einer Frauenklinik in Plauen anlangt, so müsse die Regierung erst einmal wissen, was die Stadt Plauen eigentlich wollen wolle. Erst müsse eine genaue Planung vorgelegt werden, dann erst würden Regierung und Landtag eingreifen können.

Frau Abg. Schlag (Soz.) entgegnet, Annaberg wolle ein Krankenhaus bauen, aber der Kreisbauinspektor habe Einspruch erhoben.

Abg. Claus (Dem.): Seine Partei halte den Bau einer Frauenklinik in Plauen für dringlich. Nichts sei allerdings, daß Plauen sich noch nicht entschieden habe.

Abg. Schneider-Oberwiesing (Komm.) meint, die ablehrende Stellung der Regierung riede ein wenig nach Sabotage. Es müsse eine gründliche Reform des ganzen Krankenwesens erfolgen.

Abg. Dr. Eberle (Dn.) bezeichnet die sozialdemokratischen Anträge als letzte Demonstrationen. Er bitte die Regierung, Plauen zu helfen, damit es über die Schwierigkeiten hinwegkomme.

Die namentliche Abstimmung über das Kapitel soll am nächsten Dienstag erfolgen.

Kap. 53, Finanzministerium, wird ohne Aussprache erledigt. Der kommunistische Antrag auf Ablehnung des Gehalts des Finanzministers wird abgelehnt; im übrigen werden die Einstellungen genehmigt.

Einstimmige Genehmigung findet ferner Kap. 54, Alters- und Landeskulturrentenbank.

Kap. 58, Staatsstraßen, Wege- und Wasserwesen, Tit. 12, Voranschlag an die Straßenbauverwaltung zur einmaligen

### Instandsetzung der Staatsstraßen

durch Herstellung hochwertiger Decklagen, sowie mehrere dazu vorliegende Anträge werden gemeinsam beraten.

Abg. Claus (Dem.): Neben dem Wohnausbau sei die Herstellung dauerhafter Straßen eine der dringlichsten Aufgaben des Staates. Auf einmal könne das natürlich nicht geschehen, denn dadurch würde ein Aufwand von mindestens 80 Millionen Mark entstehen. Es könnten die Straßen in Sachsen rascher in einen guten Zustand versetzt werden, wenn eine gerechtere Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer erfolgte. Redner tritt für Abschaffung der ein und leht jede Fahrradsteuer ab.

Abg. Schneider-Oberwiesing (Komm.) verlangt Überweisung der Gemeindestraßen durch den Staat.

Finanzminister Weber: Für die Staatsstraßen ist das Bauprogramm vorgelegen, das bis zum Jahre 1931 durchgeführt werden soll. Und zwar wird dieses Bauprogramm mit den vorhandenen Mitteln durchgeführt werden können. Wir haben bereits 104 Kilometer Straße über das Programm hinaus mit demselben Gelde herausstellen. Die Regierung hat volles Verständnis für die außerordentlich schwierige Lage der Gemeinden, und sie würde gern helfen, wenn Mittel vorhanden wären. Nach dem Reichsgesetz ist es ausgeschlossen, die Kraftfahrzeugsteuer zu erhöhen oder Zuschläge zu erheben. Große Sorge bereitet der Regierung die starke Finanzschwäche der Straßen durch die Kraftfahrzeugsteuer. Unsere Straßen sind für eine Belastung von 9 Tonnen gebaut worden. Die Behreibungen der Industrie gehen aber dahin, die Belastungsgrenze auf 12 Tonnen zu erhöhen. Dagegen müssen sich die Länder mit aller Energie wenden, weil unsere Straßenbefestigungen durch die Überlastung vollständig ruiniert würden.

Abg. Kunath (Dsp.) beantragt namens seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, zur Hebung der Wirtschaft und dadurch hervorgerufenen Verkehrsbehinderungen und Ar-

beitsentlassungen bei der sächsischen Pfananernte, und Schotterindustrie alsbaldige größere Aufträge zu erteilen.

Abg. Müller-Planitz (Soz.) wünscht alsbaldige Überweisung der durch den Verkehr besonders belasteten Gemeindestraßen durch den Staat.

Die Winterreiseanträge werden abgelehnt, die Reichsreiseanträge angenommen.

Es folgt die Beratung über Kap. 31, Medizinallotterie, über das Abg. Köpcke (Komm.) berichtet. In Verbindung damit berichtet Frau Abg. Schilling (Soz.) über den Antrag ihrer Partei auf Berechtigung von Mitteln zur Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen und Frau Abg. Schlag (Soz.) begründet einen weiteren sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung eines Beschlusses des Kreisärztlichen Bezirksvereins Chemnitz in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung. Der Beschluß des Kreisärztlichen Bezirksvereins geht dahin, daß zur Feststellung der ärztlichen Begründung für eine Schwangerschaftsunterbrechung, außer in den Fällen schwerer Lebensgefahr, die vorherige Beratung mit wenigstens einem zweiten Arzte erforderlich sein soll.

Ministerialdirektor v. Dreifolus erklärt, die Regierung müsse die Eingabe des Sächsischen Gemeindevorstandes ablehnen, weitere Mittel, als sie in Tit. 9 vorgezogen sind, für wirtschaftlich notleidende Gemeinden zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Beamten zu gewähren.

Mit der Erhöhung des Titels von 240 000 auf 320 000 RM. sei die Regierung einverstanden.

Abg. Köpcke (Komm.) vertritt die bekannten Grundzüge seiner Partei in Ehe- und Sexualfragen und empfiehlt mehrere Abänderungsanträge.

Kap. 31, Medizinallotterie, wird nach der Vorlage genehmigt. Der sozialdemokratische Antrag betr. Ehe- und Sexualberatungsstellen wird in der Ausschlußfassung angenommen. U. a. wird die Regierung erlucht, eine gesetzliche Regelung an treffen zur Schaffung von Ausbildungsstellen für die die Eheberatung führenden Persönlichkeiten, und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft aus sozialen Gründen ermöglicht wird. Der Antrag, der sich mit dem Beschlusse des Kreisärztlichen Bezirksvereins Chemnitz beschäftigt, geht an den Reichsausschuß.

Kap. 5 Tit. 1, Reingewinn der Rast- und Gaststättenbetriebe, wird ebenfalls nach der Vorlage erledigt.

Bei Kap. 57, Oberbergamt und Bergämter, kritischer sozialdemokratischer und kommunistischer Redner die Zustände im sächsischen Steinkohlenbergbau.

Nach kurzer Aussprache werden die Einstellungen genehmigt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der Landtag mit Kap. 5.

### Staatliche Porzellanmanufaktur Meissen

in Verbindung mit einem völksparteilichen Antrag auf Errichtung einer Niederlage der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen in Berlin und mit dem Entwurf einer Satzung der Neuen Rubelohntasse der Porzellanmanufaktur und einem zwischen dem sächsischen Staat und dieser Rubelohntasse abzuschließenden Vertrag.

Ueber Kap. 5 und die Rubelohntasse berichtet Abg. Börner (Dn.) und empfiehlt Genehmigung der Einstellungen, sowie Überweisung einer Verpflichtung der Regierung, der Rubelohntasse aus den Mitteln der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen die Beiträge, die sie zur Bewirkung der ihr satzungsgemäß obliegenden Leistungen benötigt, insofern zur Verfügung zu stellen, als die Einnahmen und das Vermögen der Rubelohntasse nicht ausreichen. Weiter sollen der Rubelohntasse jährlich bis zu 25 000 RM. zur Verfügung gestellt werden, um ehemaligen Angehörigen der Manufaktur und ihren Witwen und Waisen, die bei der Errichtung der Tasse bereits Ruhegehälter, Witwen- und Pensionen aus den bisherigen Versorgungsanstalten empfangen, zum Ausgleich von Härten, die durch die Überhebung ihrer Beiträge entstehen, für fünf Jahre Sonderzuwendungen zu gewähren. Ferner empfiehlt der Ausschuß Annahme des völksparteilichen Antrages auf Errichtung einer Niederlage der Porzellanmanufaktur in Berlin. Für seine politischen Freunde erklärt der Redner, sie hätten gern die von dem sozialdemokratischen Abg. Dobbert durch seine Anträge vorgebrachten Wünsche erfüllt, aber diese Erfüllung gebe aus finanziellen Gründen nicht an.

Abg. Dobbert (Soz.) empfiehlt, an den wichtigsten Verkaufsplätzen von Meißner Porzellan eigene Niederlagen der Manufaktur einzurichten. Des weiteren vertritt der Redner die von seiner Fraktion vorgelegten Anträge. Finanzminister Weber erklärt, die Regierung sei ernstlich bemüht gewesen, bei Aufbau der neuen Rubelohntasse einen Ausgleich zu schaffen und die Wünsche des Personals nach Möglichkeit zu erfüllen. Den meisten Forderungen der Belegschaft sei auch tatsächlich nachgekommen worden. Der Entwurf sehe eine jährliche Deckung der Porzellanmanufaktur Meissen von rund 150 000 Mark für die Rubelohntasse vor. Die volle Erfüllung der materiellen Forderungen würde aus der Manufaktur einen Defizitbetrieb machen. Uebrigens seien auch die Leistungen der Belegschaft nicht in dem Maße gestiegen wie die der Manufaktur.

Abg. Köpcke (Komm.) kritisiert die Zustände in der Manufaktur und beklagt sich darüber, daß Pensionäre in ihren Bezügen fest zurückgelassen würden.

Abg. Dr. Kottner (Dem.) meint, jetzt, nachdem wesentliche Verbesserungen und Sicherungen ermöglicht werden sollten, dürften nicht zu weitgehende Forderungen erhoben werden. Die Verkaufsniederlage in Berlin möge hauptsächlich als Ausdehnung, nicht aber als Verkaufsstelle dienen.

Abg. Hmann (Wirtschsp.): Das der Manufaktur nach der Inflation gewährte Betriebskapital von zwei Millionen Mark, das inwischen auf drei Millionen Mark gestiegen sei, verzinsle sich nicht, denn es seien trotzdem immer noch Zinsbeträge zu verzinsen. Man lege viel zu viel Gewicht auf das künstliche Gebiet und vernachlässige die kaufmännischen Gesichtspunkte.

Die Einstellungen beim Kapitel werden schließlich genehmigt, demgegenüber die Errichtung einer Verkaufsniederlage in Berlin. Der Entwurf einer Satzung der Neuen Rubelohntasse wird entsprechend den Ausschlußanträgen angenommen.

Schließlich findet Kap. 5, Titel 1, Münze, ohne Aussprache Erledigung nach der Vorlage.

Schluß 19.30 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, den 3. Juli, nachm. 1 Uhr. Eine weitere Sitzung findet Mittwoch, den 4. Juli, statt.

## Pläne des Reichstages.

an Berlin. Die Regierung ist gebildet. Sie wird sich am Dienstag dem Reichstage vorstellen und das Regierungsprogramm vorlegen. In politischen Kreisen ist man der Überzeugung, daß es ohne Schwierigkeiten gelingen werde, dieses Programm so zu formulieren, daß es von allen Parteien, die ohne Bindung in der Regierung vertreten sind, also von einer großen Mehrheit, angenommen werden kann. Die Debatte über die Regierungserklärung wird höchstens zwei Tage in Anspruch nehmen. Darauf wird der Reichstag sich der eigentlichen Arbeit zuwenden, die indessen höchstens eine Woche dauern dürfte. Man rechnet damit, daß der Reichstag etwa um den 10. Juli herum bereits in die Sommerferien gehen wird und bis zum Herbst, das heißt bis zum September, vertagt bleibt. Diese lange Vertagung wird deshalb auch schon für ratsam gehalten, um der Regierung die Möglichkeit zur Einarbeitung zu geben. Während der Sommerferien werden dann zwischen Beauftragten der einzelnen Parteien die Verhandlungen weiter geführt, die gewissermaßen zur Einigung der Parteien und zur Bildung der großen Koalition führen sollen. Man rechnet jedoch nicht damit, daß die große Koalition vor dem Herbst zustande kommt, da als größte Schwierigkeit die von der Deutschen Volkspartei geforderte Umbildung der preussischen Regierung zu bewältigen ist. Wie wir aber aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die prinzipielle Abneigung des preussischen Ministerpräsidenten Braun gegen die Umbildung der preussischen Regierung im Augenblick gemildert. Dagegen wird es möglich sein, zum Herbst einen oder zwei völksparteiliche Vertreter in die Regierung aufzunehmen. Man rechnet namentlich damit, daß es der geschickten Verhandlungsmethode Stresemanns gelingen wird, auch die preussische Frage so zu lösen, daß im Herbst einheitliche Regierungen im Reich und in Preußen vorhanden sind und damit eine Stabilität der Regierung im Reich und in Preußen erreicht wird.

Für den Herbst wird die Reichsregierung eine größere Anzahl von Vorlagen vorbereiten, deren Entwurf jetzt bereits längere Zeit der alten Regierung vorgelegen haben, die jedoch die Durchberatung hinausgeschoben, da sie die Verantwortung nicht mehr übernehmen zu können glaubte. Wie man hört, beabsichtigen die neuen Minister, ihre Ämter sofort zu übernehmen, da sie der Mehrheitsbestimmung des Reichstages sicher sind. Die alten Minister werden sich bereits am Freitag verabschieden.

Es ist beabsichtigt, die nächsten Streitfragen, die in den Verhandlungen zwischen den Parteien um die Regierungsabstimmung so unerquicklich austraten und die lange Krise hervorriefen, nicht sofort zum Gegenstand von Verhandlungen im Reichstage zu machen. So wird die Kreisfrage zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt, ebenso beabsichtigt man, die Frage des Nationalfeiertages nicht schon jetzt zu entscheiden. Auch die von den Sozialdemokraten geforderte Heraushebung der steuerfreien Grenze wird nicht entschieden, da dem neuen Finanzminister zunächst Gelegenheit gegeben werden soll, zur Einarbeitung und zur Feststellung, ob eine Erhebung der direkten Steuern möglich ist. In finanzpolitischen Kreisen glaubt man, daß selbst die Sozialdemokraten zu der Überzeugung kommen müssen, daß das jetzige Aufkommen aus der Einkommensteuer nicht vergrößert werden kann, sondern nur dann, wenn neue Steuerquellen erschlossen werden. Wie wir unterrichtet sind, hat aber weder die alte Regierung an die Einführung neuer Steuern gedacht, noch haben die Sozialdemokraten irgendwelche neuen Steuerpläne in Vorbereitung.

## Frankreich und der Dawesplan.

### Börsen über den letzten Bericht Parler Gilberts.

Paris. In der gestrigen Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten teilte der Vorsitzende Senator Lucien Dubert mit, daß Briand noch vor den Parlamentsferien persönlich vor dem Ausschuß zur Auskunftserteilung erscheinen werde.

Darauf erwiderte Senator Henri Börsen einen ausführlichen Bericht über die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden auf Grund des letzten Berichtes des Generalagenten für Reparationszahlungen vom 7. Juni 1928. Börsen hob hervor, daß sich aus dem Bericht Parler Gilberts ergebe, daß Deutschland alle seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern pünktlich und ordnungsmäßig erfüllt habe, und daß der Dawesplan auf allen Gebieten, Transfer, Sachleistungen usw. erfolgreich gearbeitet habe. Börsen verweilte dann insbesondere bei den Ausführungen des Generalagenten, wonach das zu lösende Grundproblem die endgültige Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen sei, und ging sodann auf die Frage ein, ob die gegenwärtige Lage für irgendeine Revision des Dawesplanes günstig sei. Er sagte, daß Frankreich seit 1925 von Deutschland mehr erhält, als es selbst seinen Alliierten auf Grund der abgeschlossenen Abkommen zahlt. Frankreich habe also kein persönliches Interesse an irgend einer Änderung des Dawesplanes oder daß die deutsche Schuld schließlichen Abkommens von 1921. In dieser Frage, so erklärte er, haben wir das Recht, Beflage zu bleiben, anstatt als Kläger zu erscheinen. Im übrigen gab Börsen der Auffassung Ausdruck, daß, welches Interesse auch an einer eventuellen Revision des Dawesplans und der Schuldenabkommen bestehen möge, nichts vor dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten und der Einführung des neuen Präsidenten in Aussicht genommen werden könne. Tatsächlich sei nirgends in Europa oder Amerika eine offizielle Aktion im Gange oder wahrscheinlich. Alles, was in dieser Hinsicht veröffentlicht worden sei, gehöre in das Gebiet der Phantasie. Das beste sei, sich an eine kritisch ordnungsmäßige und gegenseitige Durchführung der geltenden internationalen Abkommen zu halten, die Frankreich außer den für die jährliche Rückzahlung seiner Kriegsschulden notwendigen Summen einen beträchtlichen Ueberfluß für seine Reparationen und seinen Nachkriegswiederaufbau liefere.

An die Darlegungen Börsens schloß sich eine längere Aussprache, in der u. a. die Senatoren de Jouvenel, Klotz und Chenebault auf die Verbindung der Fragen der Exekution und der Sicherheit mit jeder eventuellen Abänderung des Dawesplanes hinwiesen. Senator General Bourgeois betonte die militärische und technische Seite der Frage. Es wurde schließlich beschlossen, daß der Vorsitzende des Ausschusses dem Außenminister die im Laufe der gestrigen Sitzung zum Ausdruck gebrachten Auffassungen vorzutragen solle, damit dieser bei seinem Erscheinen vor dem Ausschuß darauf eingehen könne.